

Hessische Studierendenwerke

Beantwortung der Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2023

Block A

- 1. Wird eine Landesregierung, an der Ihre Partei beteiligt ist, den Hochschulpakt mit einem entsprechenden Hochschulsozialpakt ergänzen und damit die soziale Infrastruktur an Hessens Hochschulen sicherstellen?**

Hochschulen und Forschungsinstitute benötigen eine verlässliche Grundfinanzierung, die gute Lehr- und Arbeitsbedingungen und Spitzenforschung ermöglicht. Sie darf zukünftig nicht mehr hinter denjenigen von Bund-Länder-finanzierten Instituten zurückbleiben. Dabei müssen - anders als nach der letzten Neuregelung - die unterschiedlichen tatsächlichen Kosten pro Studienplatz in den unterschiedlichen Studiengängen ausreichend berücksichtigt werden.

Dem stark gestiegenen Preisniveau werden wir in der Hochschulfinanzierung nach einem Regierungswechsel durch ein Sofortprogramm Rechnung tragen - hierauf können die Hochschulen nicht bis zum Ablauf des Hochschulpakts im Jahr 2025 warten. Angesichts steigender Energiepreise, hoher Inflation und ansteigender Personalkosten muss ein Modus der Übergangsförderung geschaffen werden, der neu entstehende Defizite bis 2025 ausgleicht und der ggf. in den Hochschulpakt ab 2026 überführt werden kann.

Auch die zusätzlichen Finanzierungsbedarfe für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Dauerstellen, eine Aufwertung der Hochschullehre, eine Anhebung der Entlohnung studentischer Hilfskräfte, mehr Bildungsgerechtigkeit sowie eine verbesserte soziale Infrastruktur wollen wir unmittelbar nach einem Regierungswechsel in einem Sofortprogramm angehen.

Damit ein Studium künftig tatsächlich allen gleichermaßen offen steht, benötigen Studierende Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, bezahlbare Mensen, Mobilität und eine gute Beratungsinfrastruktur. Wir werden deshalb die Studierendenwerke stärker finanziell unterstützen.

2019 hat unsere Dr. Daniela Sommer, MdL zum Thema gesprochen und folgendes gesagt:

„Wir für unseren Teil machen uns stark für eine Öffnung der Studentenwerke für Auszubildende und für eine entsprechende Reform des hessischen Studentenwerksgesetzes. Sie zu Bildungsförderungswerken auszubauen erscheint uns effektiv, um Beratungsangebote, Wohnraumversorgung und soziale Infrastruktur aus einer Hand vorhalten. Sie sind aber zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell auskömmlich auszustatten.“

Zum Schluss möchte ich nochmal betonen: Bildung darf weder vom Geldbeutel der Eltern abhängen, noch dürfen finanzielle Gründe vom Studium abhalten, deswegen ist eine auskömmliche Finanzierung – auch von der LR für Studentenwerke, für Wohnungsbau und zur Vorhaltung von Orientierungsstudiengängen unabdingbar!“

- 2. Wie wird Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Studierendenwerke im Spannungsfeld drastischer Kostensteigerungen durch Kriegs- und Energiekrise einerseits und pandemiebedingter Nachfrage-Rückgänge andererseits sozialverträgliche Preise für die Studierenden in Wohnheimen und gastronomischen Einrichtungen gewährleisten können?**

Die Hochschulgastronomie der Studierendenwerke steht durch die mit der Corona-Pandemie verknüpften Veränderungen im Lehrbetrieb und die steigenden Preise im Zuge der Energiekrise vor großen Herausforderungen. Die Einkaufspreise steigen, bei gleichbleibenden Fixkosten und in den Mensen kommt es zu Phasen geringer Auslastung. Um den veränderten Ausgangsvoraussetzungen Rechnung zu tragen, werden wir zusätzliche finanzielle Hilfen des Landes auf den Weg bringen.

- 3. Auf welche Weise wird eine Landesregierung mit Beteiligung Ihrer Partei die Studierendenwerke auf ihrem bereits begonnenen Weg hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit unterstützen, um sich zukunfts- und krisensicher aufzustellen?**

Durch eine auskömmliche Finanzierung der Studierendenwerke haben sie wieder Spielraum, die Entwicklung digitaler und nachhaltiger Strukturen voranzutreiben. Wir stehen dabei als fester Partner der Studierendenwerke an ihrer Seite und unterstützen im Gestaltungsspielraum des Landes.

Block B

- 1. Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den hessischen Hochschulstädten wieder mehr günstiger studentischer Wohnraum zu finden ist?**
- 2. Wie wird Ihre Partei studentischen Wohnraum fördern, damit auch in Hessen mindestens zehn Prozent der Studierenden zum sozialen Mietpreis in einem Wohnheim der Studierendenwerke leben können?**

3. Werden Sie den Studierendenwerken die nötigen Baukostenzuschüsse, öffentliche Grundstücke und Sanierungsmittel verlässlich zur Verfügung stellen, so dass Studierende bezahlbar und hochschulnah wohnen können?

Frage 1-3 werden gemeinsam beantwortet.

Gerade einmal 7,5 % der Studierenden in Hessen finden in Wohnheimen zu bezahlbaren Bedingungen ein Dach über dem Kopf (Stand Ende 2021). Ausgerechnet im besonders hochpreisigen Rhein-Main-Gebiet gibt es sogar nur für jede:n zwanzigste:n Studierende:n einen Platz. Dieser - von den CDU-geführten Landesregierungen der letzten beiden Jahrzehnte zu verantwortende - Zustand ist angesichts der Mietpreisentwicklung für Studierende mit geringem Einkommen existenzgefährdend. Für viele Studierende ist Wohnen an den Hochschulstandorten kaum finanzierbar, die soziale Ungleichheit wird verschärft. Wir werden deshalb studentischen Wohnraum schaffen und uns dabei am Bundesdurchschnitt orientieren: Hessen als starkes Land muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen und es sich als Ziel setzen, deutlich über der bundesweiten Versorgungsquote zu liegen, statt, wie derzeit, deutlich darunter.

Wir werden deshalb erstens darauf hinwirken, ein dringend benötigtes Bund-Länder-Programm auf den Weg zu bringen, um den Ausbau und die oft dringend erforderliche Sanierung von Wohnheimen anzutreiben. Im Rahmen des Bündnisses sozialer Wohnraum, in dem 100.000 geförderte Wohnungen pro Jahr entstehen sollen, muss auch studentischer Wohnraum geschaffen werden. Zweitens werden wir auf Landesebene alle Möglichkeiten nutzen, um in Hessen mehr studentischen Wohnraum zu schaffen und ein Landesprogramm Wohnraumförderung zu etablieren. Um den akuten Mangel in Hessen zu bekämpfen, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und den Studierendenwerken in der kommenden Wahlperiode in Hessen 10.000 Plätze für Studierende vorrangig in den Wohnraummangelgebieten auf den Weg bringen. Langfristig streben wir eine Versorgungsquote von hessenweit 20% gefördertem studentischen Wohnraum an. Auch Nachwuchswissenschaftler:innen und internationale Studierende werden wir bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum unterstützen.

4. Wie werden Sie dafür sorgen, dass Neubauten im Bereich Wohnen zukünftig auch im Hinblick einer ökologischer nachhaltigen Bauweise gefördert werden?

Da der Bausektor ein besonders ressourcenintensiver Bereich ist, setzen wir uns für Recycling der Baustoffe und nachhaltiges Bauen im Sinne der Erhaltung der „Grauen Energie“ ein.

Block C

- 1.) Welche Bedeutung hat das Thema BAföG für Ihre Partei?**
- 2.) Wie kann Ihre Partei in einer hessischen Landesregierung gegenüber dem Bund dazu beitragen, dass das BAföG seiner Aufgabe wieder gerecht werden kann?**
- 3.) Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass BAföG-Ämter die notwendige Sach- und Personalausstattung erhalten, die sie brauchen, um die Anträge der Studierenden schnell und zielführend bearbeiten zu können?**

Fragen 1-3 werden gemeinsam beantwortet:

Das BAföG muss wieder zum zentralen Instrument der Studien- und Bildungsfinanzierung werden und zum sozialen Ausgleich beitragen. Sein quantitativer Ausbau und sein noch weitgehend ausstehender struktureller Umbau mit einer Ausrichtung auf die gegenwärtige Lebenswirklichkeit der Studierenden (u.a. Verlängerung der Förderperiode, Abbau des kreditären Anteils) hat für uns oberste Priorität. Deshalb werden wir auf Landesebene die Voraussetzungen für ein digitales Antrags- und Umsetzungsverfahren in den BAföG-Ämtern verbessern und eine umfassende Entbürokratisierung vornehmen. Auf Bundesebene erfolgten bereits durch die Bundesregierung zwei BAföG-Reformen, an die es angesichts der jüngst gestiegenen Lebenshaltungskosten, der Inflation und vielerorts explodierender Mieten schnell anzuknüpfen gilt. Das BAföG muss grundsätzlich krisenfest gemacht werden, indem es Inflation berücksichtigt, Hilfen bei temporären Notlagen möglich macht, eine realistische Wohnkostenpauschale beinhaltet und indem in besonders hochpreisigen Städten ein Wohngeldbezug zusätzlich zum Bafög ermöglicht wird. Hierfür wird sich eine SPD-geführte Landesregierung auf Bundesebene intensiv einsetzen. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob ein hessischer regional angepasster Wohnkostenzuschuss zu einer Entspannung der Wohnraumsituation führen kann.

Block D

- 1.) Was wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei konkret tun, damit Mensen und Cafeterien ihren gesetzlichen Versorgungsauftrag erfüllen können?**
- 2.) Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende Finanzausstattung der Studierendenwerke sowohl für Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch für bedarfsgerechte Angebote und Öffnungszeiten zur Verfügung steht?**

3.) Was planen Sie, um die Studierendenwerke zu unterstützen, damit diese trotz der Preisexplosionen insbesondere im Bereich Energie und Lebensmittel ein ausgewogenes Speisenangebot zu sozial verträglichen Preisen sicherstellen können?

Siehe Block A.

Block E

1.) Wird eine Regierung unter Ihrer Partei diese Beratungsangebote verlässlich und nachhaltig finanzieren?

Ja.

Wir wollen verstärkt Beratungsangebote, Mentoring und Monitoring-Programme und Anonymität sichernde Beschwerdestellen für von Diskriminierung betroffenen Personen an den Hochschulen für alle Angehörigen der Hochschule etablieren.

Studierten schon vor der Coronapandemie 11 % der Studierenden mit Beeinträchtigungen, etwa die Hälfte davon mit psychischen Beeinträchtigungen und Erkrankungen, so hat sich die Situation in den letzten zwei Jahren dramatisch zugespitzt – nicht nur in der Zahl der Fälle, sondern auch der Problemstruktur. Die Beeinträchtigungen werden existentieller und bedürfen intensiverer Betreuung. Die psychosoziale und therapeutische Beratung der Studierenden muss schnellstmöglich durch eine gezielte Landesförderung ausgebaut werden.

Sehr viele Studierende sind darauf angewiesen, neben ihrem Studium einen Minijob auszuüben - oft unter prekären Arbeitsbedingungen und ohne die Möglichkeit, ihre Rechte geltend zu machen. Deshalb wollen wir, dass die Studienberatungen auch in sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen Ansprechpartner:innen sind.

2.) Wird Ihre Partei eine Zuschussregelung vorantreiben, die eine verlässliche öffentliche Finanzierung der Beratungsleistungen der Studierendenwerke sicherstellt?

In diesem Fall hat sich die SPD zum Bund zur Thematik geäußert. Dort heißt es im Programm:

„Wir wollen flächendeckend zielgruppenspezifische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote beim Übergang zur Hochschule und kontinuierlich während des Studienverlaufes einführen.

[...] Zusätzlich wollen wir das hochschulische Beratungs- und Betreuungsangebot ausbauen. So wollen wir nicht nur die BAföG-Ämter und - Beratungsstellen stärken und personell

aufstocken, sondern auch eine flächendeckende psychosoziale und psychologische Begleitung ermöglichen und Beratungsangebote für chronisch Erkrankte einrichten.

Block E

- 1. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung bei?**
- 2. Wie wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei sich für eine Aufstockung der Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote sowie für weiterführende Angebote an Studierende mit Familienaufgaben einsetzen?**

Frage 1-2 werden gemeinsam beantwortet.

Wir werden auf ein Selbstverständnis der Hochschulen hinwirken, dass eine jederzeitige Entscheidung für eine Familiengründung ermöglicht und das Studium, Promotion und Beschäftigung mit Kind statt als Ausnahme als Normalität anerkennt und unterstützt. Dafür ist neben einer familienfreundlichen Studiengestaltung besonders der Ausbau der Kitaplätze, auch zu Tagesrandzeiten, für alle Hochschulangehörige mit Kind zentral. Vor allem Alleinerziehende sind auf zeitflexible Angebote (etwa für Prüfungsphasen, Praktika und Nebenjobs) dringend angewiesen. Ihnen gilt unsere besondere Unterstützung. Die Finanzierung von Studierendenwerken wurde in Block A bereits beantwortet.

Block F

- 1.) Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Kultur als Aufgabe von Studierendenwerken bei und wie werden sie dies aktiv (auch finanziell) unterstützen?**

Kulturelle Angebote stellen eine Möglichkeit dar, um den erkennbaren sozialen Bedürfnissen, die ein virtuelles (Teil)Studium nicht befriedigen kann, etwas entgegenzusetzen und damit die Chancen der Persönlichkeitsentwicklung in der Studienphase zu nutzen. Wir werden Studierendenwerke und Studierendenschaften dabei unterstützen, die in der Praxis schon vorhandenen Ansätze weiterzuentwickeln und auszuweiten. Die Finanzierung von Studierendenwerken wurde in Block A bereits beantwortet.

- 2.) Im Zuge weiterer internationaler Vernetzungen der Hochschulen wird die Versorgung von internationalen Studierenden weiter an Bedeutung zunehmen. Welche Rolle sollen aus Ihrer Sicht dabei die Studierendenwerke spielen und wie werden Sie die Finanzierung der diesbezüglichen Angebote in den Studierendenwerken sicherstellen? Welche Unterstützung werden die Studierendenwerke unter einer Landesregierung mit der Beteiligung Ihrer Partei erfahren?**

Wir begreifen Hochschulen als Orte, die der internationalen Verständigung dienen und einen Beitrag zur allgemeinen Bildung und der internationalen Entwicklung und damit auch zum internationalen Frieden leisten. Um diesem Verständnis gerecht zu werden, müssen Wissenschaftskooperationen und Unterstützung von internationalen Wissenschaftler:innen und Studierenden verstärkt werden. Unsere Hochschulen müssen ihre Möglichkeiten vollumfänglich nutzen, um den Aufenthalt internationaler und geflüchteter Studierender und Wissenschaftler:innen zu sichern. Auch die Studierendenwerke stehen hier in der Pflicht, besondere soziale Härten zu mildern. Die Finanzierung der Studierendenwerke wurde in Block A bereits beantwortet.

Block G

- 1.) Wird Ihre Partei in einer Regierungsbeteiligung dafür sorgen, dass die von den Tarifparteien ausgehandelten Steigerungen in den Berechnungen des Landeszuschusses verbindlich berücksichtigt wird?**

Ja.

- 2.) Wie will Ihre Partei in der Tariflandschaft wirken, damit auch die Beschäftigung im Geltungsbereich des TV-H attraktiv und konkurrenzfähig ist?**

- 3.) Wie wollen Sie dem zunehmenden Fachkräftemangel in Hessen begegnen?**

Frage 2-3 werden gemeinsam beantwortet.

Wir wollen, dass mangelnde Absicherung und unzureichend geregelte Arbeitsbedingungen, auch für wissenschaftliche Hilfskräfte, an Hessens Hochschulen der Vergangenheit angehören. Wir werden den – bisher unverbindlichen – „Kodex für gute Arbeit an Hessens Hochschulen“ verbindlich ausgestalten und auf alle Gruppen ausweiten.

Auch muss der Fachkräftemangel proaktiv mit fortschrittlichen und mitarbeiterorientierten Konzepten gestaltet werden. Eine gute Bezahlung mit verbesserten Entwicklungschancen der Mitarbeiter*innen des Öffentlichen Dienstes und eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft -unter Beibehaltung der Hessenspezifika- ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute und

fortschrittliche Verwaltung und das für alle Ebenen.

Aber auch die Studierendenwerke haben eine Rolle in der Frage Fachkräftemangel in Hessen: Die soziale Infrastruktur an den Hochschulen, die insbesondere auch von den Studierendenwerken bereitgestellt wird, ist für die Integration der internationalen Studierenden und Promotionsstudierenden von großer Bedeutung. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels in Deutschland wird es in Zukunft in unserem eigenen Interesse darauf ankommen, internationale Studierende und Promovierende an deutschen Hochschulen erfolgreich zum Abschluss zu führen und sie gut in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Der sprachlichen und kulturellen Integration dieser Zuwanderer:innen bereits im Studium kommt dabei eine große Bedeutung zu. Die bestehenden Angebote sind hierfür jedoch vielerorts nicht ausreichend ausgestattet. Wir wollen in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Studierendenwerken und DAAD eine dem tatsächlichen Bedarf angemessene Erweiterung erreichen, damit Integration tatsächlich überall gelingt. Ausgangsvoraussetzung dafür ist eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Mittlerorganisationen (bei Studierenden der DAAD), für welche wir uns auf Bundesebene einsetzen werden.